Nr. 154 19. Jahrg. Freitag 9. Juli 1920

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Fernsprecher 21 866
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 14707

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit illustr. Beilage 10.20 M Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M, Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 13 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M, Familienanzeigen 1.80 M — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Die Lohnbewegung der Beamten und Staatsarbeiter

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Bekanntlich sind vor kurzem sowohl die Organisationen der Eisenbahnbeamten wie der Eisenbahnarbeiter an die Reichsregierung herangetreten mit der Forderung auf Gehalts- bezw. Lohnerhöhung. Es handelt sich hier um zwei parallele Aktionen, die vielfach in der Presse miteinander vermengt werden. Richtig ist, daß beide Aktionen viel Gemeinsames haben, dennoch müssen sie auseinandergehalten werden. Bei den Beamten handelt es sich in der Hauptsache darum, daß, nachdem einzelne Bundesstaaten in der Besoldungsreform entgegen getroffenen Abmachungen über die Reichsbesoldungsreform hinausgegangen sind, die Reichsbeamten nun eine Gleichstellung mit den Verkehrsbeamten der Einzelländer verlangen. Auf der anderen Seite haben die Staatsarbeiter seit längerer Zeit mit dem Verkehrsministerium Tarifverhandlungen geführt. Den letzteren ist tatsächlich von dem Unterstaatssekretär Stieler im Verkehrsministerium vor einigen Wochen bereits eine Zusage gegeben worden. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir zunächst feststellen, daß diese Zusage gemacht worden ist ohne Wissen des gesamten Kabinetts. Es muß auch in Betracht gezogen werden, daß die Verständigung zu einer Zeit erfolgt ist, wo die neue Regierung noch nicht gebildet war. Dieses vorausgeschickt, möchten wir zu der Lohnbewegung in der Beamtenschaft und Staatsarbeiterschaft grundsätzliche Stellung nehmen.

Der Reichsfinanzminister Wirth hat gegenüber der Forderung der Beamtenschaft eine ablehnende Haltung eingenommen. Die Bewilligung der Forderung der Beamtenschaft würde eine Mehrausgabe von rund 3,5 Milliarden Mark bedeuten. Die Finanzen des Reiches sind aber derartig, daß sie eine weitere Belastung nicht mehr vertragen. Die Steuerschraube ist so scharf angezogen, daß ein weiteres Anziehen für den Steuerzahler nicht mehr erträglich sein würde. Die Bewilligung der Forderung der Beamtenschaft würde daher eine weitere Vermehrung des Notenumlaufes erforderlich machen. Wird die bisher betriebene Pumpwirtschaft und Schuldenwirtschaft weiter fortgesetzt, dann ist der finanzielle Zusammenbruch des Reiches nur noch eine Frage der Zeit, und es könnte die Zeit kommen, wo die Reichsbank sich genötigt sähe Reichsschuldscheine nicht mehr in Zahlung zu nehmen. Damit würde das Papiergeld des Reiches zu einem wertlosen Fetzen Papier. Wir sind überzeugt, gerade im Interesse der Beamtenschaft zu handeln, und wir glauben auch, beim weitaus überwiegenden Teile der Beamtenschaft volle Zustimmung zu finden, wenn wir eindringlich warnen, den Bogen zu überspannen. Geht das Reich zu Grunde, so verliert die Beamtenschaft die Voraussetzung ihrer Existenz. So wie bisher kann es nicht weiter gehen, wenn wir nicht den Abgrund zutreiben wollen. Man muß einmal den Mut finden und auch den Beamten sagen, bei aller Wahrnehmung berechtigter Interessen muß es eine Grenze geben, die geboten ist durch das Interesse des Gesamtvolkes und des Reiches. Wir glauben, daß wir uns in völliger Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Beamtenschaft befinden, wenn wir feststellen, daß die Drohung mit dem Generalstreik außerordentlich bedenklich ist in einem Augenblicke, wo man in Spaa über Sein und Nichtsein des Deutschen Reiches verhandelt. Jede unbesonnene Handlung würde gerade jetzt von besonders schwerwiegenden Folgen sein müssen. Man wird aber auch den Mut finden müssen, einmal öffentlich festzustellen, daß die Begründung der stetig anhaltenden Lebensmittelteuerung doch nicht mehr ganz zutreffend ist. Für ganz lebenswichtige Produkte ist bereits heute ein Preisabbau festzustellen und wenn die Entwicklung so weiter geht, so kann man immerhin damit rechnen, daß wir bis zum Herbst einen nicht unwesentlichen Preisabbau haben werden, um so mehr, als für eine ganze Anzahl von bisher rationierten Lebensmitteln bis dahin die noch bestehende Zwangswirtschaft entweder ganz aufgehoben oder aber doch ganz erheblich eingeschränkt sein. Post und Eisenbahn weisen heute einen Fehlbetrag von 15 Milliarden Mark auf. Eine ungeheuerliche Summe, wenn man bedenkt, daß diese beiden Betriebe in früherer Zeit viele hundert Millionen Mark Reingewinn abwarfen. Leider steht zu befürchten, daß der Fehlbetrag sich im Laufe der Rechnungsjahre um eine ganze Reihe von Milliarden noch erhöhen wird. Angesichts dieser Lage und angesichts der bedrohlichen Finanzlage des Reichs erscheint es uns auch eine im Lebensinteresse der Beamtenschaft liegende Notwendigkeit zu sein, zunächst einmal dafür Sorge zu tragen, daß diese Betriebe wieder rationell wirtschaften. Dazu erscheint es uns erforderlich, daß für die Beamtenschaft die Arbeitszeit sowie die Arbeitsleistung erhöht wird, und daß in den Reichsbetrieben die Akkordarbeit wieder eingeführt wird. Wenn die Arbeiter in den Staatswerkstätten wieder Akkordarbeit leisten, dann haben sie es selbst in der Hand, ihre Einnahmen zu erhöhen. Weiter erscheint es uns dringend erforderlich, daß die vielen überflüssigen Arbeitskräfte sowohl bei der Eisenbahn wie bei der Post endlich ausgeschaltet werden. Es handelt sich bei der Post um rund 50 000 überflüssige Arbeitskräfte, bei der Eisenbahn um rund 120 000. Wir glauben uns in völliger Uebereinstimmung mit der Beamtenschaft zu befinden, wenn wir diese Forderung erheben. Allerdings geht es nicht an, alle diese Leute mit einem Male auf die Straße zu setzen. Die Entlassung der überflüssigen Arbeitskräfte kann natürlich nur nach und nach erfolgen. Es ist dafür zu sorgen, daß diesen Arbeitskräften andere Arbeitsgelegenheiten nachgewiesen werden. Anschließend möchten wir den Beamten die dringende Mahnung zurufen, doch nicht nur ihr eigenes Interesse im Auge zu haben, sondern auch das Interesse des Vaterlandes und des gesamten deutschen Volkes, an dem sie sich verständigen würden, wenn sie sich in diesem Augenblicke dazu verleiten lassen würden, durch die Androhung des Generalstreiks die Bewilligung ihrer Forderungen durchsetzen zu wollen. Wir geben gern zu, daß viele Beamten sich in einer bedrängten Lage befinden mögen, aber diesen geben wir zu bedenken, daß die Lage des Reiches und des gesamten Volkes eine viel bedrängtere ist, namentlich jetzt, wo es, wie wir nochmals betonen, in Spaa um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geht. Die Reichsregierung wird sich gewiß zur gegebenen Zeit bereit finden lassen, Härten und Ungerechtigkeiten in der Besoldung und Entlöhnung zu beseitigen. Aber in dem gegenwärtigen Augenblicke darf das deutsche Volk in seiner Gesamtheit von der Beamtenschaft und Staatsarbeiterschaft erwarten, daß es dem Gesamtinteresse des Reiches in der Stunde höchster Gefahr nicht in den Rücken fällt.

* * *

Die Forderungen der Eisenbahner

Die Organisationen der Eisenbahner verhandelten am Mittwoch mit Vertretern aller Fraktionen im Reichstagsgebäude über die Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter und die Einreihungsforderungen der Eisenbahnbeamten in das Besoldungsgesetz. In dieser Frage hatte schon am letzten Sonnabend eine interfraktionelle Besprechung stattgefunden. Das Reichsverkehrsministerium hatte schon vor einigen Wochen eine Verständigung mit den Eisenbahnerverbänden erzielt und stand unmittelbar vor Abschluß eines neuen Lohntarifs. Die neue Regierung und in ihr besonders der Reichsfinanzminister erkannten, daß zurzeit die Forderungen der Eisenbahner, die immerhin in Hunderte Millionen hineingehen, nicht erfüllbar sind, und daß die Regierung das Versprechen der zurückgetretenen Regierung eine großen Schaden für das gesamte Wirtschaftsleben nicht würde erfüllen können, besonders aber nicht würde erfüllen können jetzt vor den Verhandlungen in Spaa. Die Eisenbahner aber verlangen die Einlösung der ihnen gemachten Versprechungen und brachten auch gestern wieder zum Ausdruck, daß die Eisenbahnerverbände für die Folgen nicht einstehen können, falls diese Versprechungen nicht erfüllt werden. Die Unabhängigen traten geschlossen für die Bewilligung der Forderungen ein, die Mehrheitssozialisten, so weit wir unterrichtet sind, auch in ihrer übergroßen Mehrheit. Die drei Regierungsparteien nehmen bisher eine ablehnende Haltung ein, da sie die Erfüllung so großer Forderungen, die ja an und für sich vom Standpunkte des einzelnen Eisenbahnarbeiters und -Angestellten aus, mit Rücksicht auf die Teuerung nicht ganz unberechtigt sein mögen, doch nicht im Interesse der schon so wie so stark zerrütteten Reichsfinanzen verantworten können.

Die Verhandlungen sind insofern zu einem gewissen Abschluß gelangt, als die Erledigung im Einverständnis mit den Vertretern der Arbeiter- und Beamtenschaft einstweilen zurückgestellt ist. Außerdem ist auf Anregung der Regierung die Einsetzung einer besonderen Unterkommission beschlossen, die die Besoldungsordnung nachprüfen und die Härten ausgleichen soll. Diese Unterkommission ist im Hauptausschuß des Reichstages bereits gebildet worden. Sie setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Für die Mehrheitssozialisten Stücklen, für die Unabhängigen Frau Zietz, für die Deutschnationalen Deglerk, für die Deutsche Volkspartei Morath, für das Zentrum Dr. Höfle, für die Demokraten Delius; der Vertreter der Bayerischen Volkspartei ist noch nicht bestimmt. Der Ausschuß wird seine Beratungen noch vor dem Zusammentritt des Reichstages beginnen. Inzwischen finden Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit den Organisationen der Beamtenverbände statt, in denen über die Forderungen der Beamten zur Abänderung des Besoldungsgesetzes Stellung genommen wird.

Die Notlage der Zeitungen

Die Abgeordneten Schirmer-Franken (Bayerische Volkspartei) Dr. Fortmann (Zentrum) und Leicht (Bayerische Volkspartei) haben am 5. Juli folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

„Die Notlage des deutschen Zeitungsgewerbes ist der Reichsregierung sicherlich ebenso bekannt, wie die Tatsache, daß viele Papierfabriken durch Forderung außerordentlich hoher Papierpreise und gestützt durch die amtliche Preispolitik übermäßige Gewinne herauswirtschaften und an ihre Aktionäre verteilen können. Zwischen den beiden Interessengruppen einen Ausgleich zu schaffen, erscheint möglich und notwendig.

Mehr als achtzig Verleger mittlerer und kleiner Zeitungen in Bayern, am Rhein und an der Mosel haben wir in den letzten Wochen des Juni 1920 Bittschriften vorgelegt, in denen unter anderem gesagt ist:

> Die meisten der hier in Betracht kommenden Verleger haben während des Krieges Militärdienst verrichtet und mittelst ihrer Presse dem Vaterlande auch sonst wertvolle Dienste geleistet. Damit waren auch oft recht erhebliche finanzielle Opfer verbunden. Seit langem stehen nun die Zeitungsverleger unter dem Drucke hoher Papierpreise. Das unerhörte Gebaren der Papierfabriken und -Großhändler, die sich nicht scheuen, ihre in ihren starken Organisationen begründete Macht in der brutalsten Weise auszunützen, ist kaum mehr zu ertragen. Lange hat die Presse die erzwungenen, auch durch hohe Löhne usw. niemals ganz zu rechtfertigenden Preissteigerungen geduldig hingenommen. Nun aber ist die Presse am Leben bedroht. Und nun haben die Regierung und der hohe Reichstag die Pflicht, die wirksamste Hilfe zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Wiederaufbau unseres unglücklichen Vaterlandes, das ist die Presse, besonders aber die mittlere und kleine Landpresse wirksam zu schützen.
>
> Ist die Reichsregierung bereit, die Hilfsaktion für die Presse in verstärktem Maße aufzunehmen, und gewillt, die Belieferung des Zeitungsgewerbes mit Papier zu niedrigeren Preisen durchzusetzen?"

* * *

Der Abgeordnete Dr. Schlittenbauer (Bayerische Volkspartei) hatte kürzlich bereits eine Reihe von Beweisen über den Wucher einer Anzahl von Papierfabriken erbracht. Die „Bayerische Volkszeitung" (Zentrum), Nürnberg, hat nun noch folgende Beispiele angefügt:

„Aktiengesellschaft für Zellstoffe und Papierfabrikation Aschaffenburg. Aktienkapital 12 000 000 Mark, Reservefonds 7 000 000 Mark, Reingewinn 3 360 000 Mark, Abschreibungen 3 400 000 Mark, Dividende 25 Prozent.

Papierfabrik Hegge. Aktienkapital 1 750 000 Mark, Reservefonds 1 024 000 Mark, Reingewinn 998 000 Mark, Abschreibungen 725 000 Mark, Dividende 18 Prozent, dazu kommen noch 6 Prozent Bonus.

München-Dachauer Papierfabrik. Aktienkapital 2 000 000 Mark, Reservefonds 2 999 000 Mark, Reingewinn 370 000 Mark, Abschreibungen 290 000 Mark, Dividende 20 Prozent.

Papierfabrik Elsental. Aktienkapital 800 000 Mark, Reservefonds 490 000 Mark, Reingewinn 124 000 Mark, Abschreibungen 187 000 Mark, Dividende 10 Prozent.

Papierfabrik Regensburg. Aktienkapital 500 000 Mark, Reservefonds 50 000 Mark, Reingewinn 200 000 Mark, Abschreibungen 1 458 000 Mark, Dividende wird nicht veröffentlicht.

Dazu schreibt Dr. Schlittenbauer im „Bayerischen Kurier" Nr. 189 vom 7. Juli weiter:

„Mein Auftreten in der Celluloseindustrie gegen diese skandalösen Zustände hat mir eine Flut von Zustimmungen gebracht aus Verbraucherkreisen, von Buchdruckern, Arbeitern der Druckereien und Redaktionen.

Ein Bekannter schreibt mir:

„Der hohe Papierpreis (420 Mark im Februar 1920 pro Ster gegen 10 Mark im Frieden) hat selbstverständlich die schlecht eingedeckten Papierfabriken veranlaßt, immer und immer wieder auf eine Papierpreiserhöhung hinzuwirken. Diese Preiserhöhungen wurden aber auch von den gut eingedeckten Fabriken mitgemacht und dadurch sind natürlich zum erheblichen Konjunkturgewinn entstanden. Profitiert haben selbstverständlich auch sämtlich alle Papierfabriken, die mit Holzstoff gut eingedeckt waren und gute Wasserkräfte ihr eigen nannten, also nicht unter den hohen Kohlenpreisen litten."

Ein Beispiel unter Eindeckung. Vor mir liegen Holzkaufverträge eines Gutsbesitzers, der sich jetzt in der Nähe von München aufhält. Sie sind abgeschlossen mit einer Zellulosefabrik am 22. April 1918, pro Ster 23 Mark, zu übernehmen in dem Zeitraum von 1. Mai 1918 bis Ende 1920. Der Verkäufer hat das Fällen und das Herrichten zu besorgen. Die Fabrik hatte solche Vorräte, daß sie bis heute auf dieses Holz nicht zurückzugreifen hat. Jetzt soll der Verkäufer den Ster um 23 M liefern — und zwar soll er ihm Fällen und Herrichten lassen, so daß die Einnahmen für die Fällungs- und Herrichtungsarbeiten heraufsehen einen Beweis, daß die Fabrik aus Verträgen früherer Jahre noch billiges Holz im Werte [illegible] zur Verfügung hatte.

Um der Gerechtigkeit willen soll noch hinzugefügt werden, daß schlecht eingedeckte Fabriken tatsächlich sich in einer rechtmäßigen Lage befinden, durchsichtige Holzpreise, durchsichtige Preise für elektrische Kraft, durchsichtige Preise für die Kohle, [illegible] Steigerung der Arbeitslöhne, [illegible] Steigerung der Zellulosepreise und die bekannten [illegible] hohen Dividenden.

Es dürfen aber die Dinge im Winen nicht so behandelt werden, daß der Papierpreis sich nach den [illegible] arbeitenden Betrieben richtet, sondern es müßten die guten Betriebe innerhalb des Winens Opfer bringen zu Gunsten der weniger günstig arbeitenden Betriebe und es müßte ein Mittelweg der Preise herausgenommen werden. Es dürfte nicht der Sinn sein, daß dem Schwachen geholfen werden soll, Mieserwerbe weit über das normale Maß hinaus [illegible] Winen und Dividenden [illegible] unter allen Umständen als unerhörtes zu betrachten. Es ist Pflicht, daß die Partien im Reichstag und das Reichswirtschaftsministerium sich hier so rasch als möglich auch dem Rechten zuwenden.

Eines hat meine Eingabe in der Oeffentlichkeit [illegible] Wie ich höre, soll auf den bereits im Ausschuß [illegible] Gesetzentwurf von 50 Prozent pro Ostermann ab 1. Juli [illegible] werden sein. Das [illegible] aber nicht. Es muß [illegible] ein Abbau der [illegible] Papierpreise erfolgen. Die [illegible] Arbeiter sind dann [illegible] aus den Verkaufsbüchlein der Stadt [illegible] zu entlassen."

Freie Gewerkschaften unterbinden die Pressefreiheit

Der deutschen nichtsozialdemokratischen Presse droht erneute Gefahr. Der angeblich neutrale, in Wirklichkeit aber sozialdemokratische Buchdruckerverband, dem über 90 Prozent der Buchdruckereigehilfen angehören, hat auf seiner Nürnberger Generalversammlung eine Entschließung angenommen, durch die er sich zum Diktator der bürgerlichen Presse macht. Die von dem unabhängigen Flügel der Generalversammlung eingebrachte und von den Mehrheitssozialisten ein wenig frisierte Entschließung hat folgenden Wortlaut: „Die Generalversammlung stellt mit Genugtuung fest, daß sich die Buchdrucker in voller Einmütigkeit an dem Generalstreik im März zur Aufrechterhaltung der revolutionären Errungenschaften beteiligt haben. Um für die Zukunft einheitliche Maßnahmen treffen zu können, wie bei ähnlicher Gelegenheit die erforderliche Aufklärung der Oeffentlichkeit gewährleistet werden kann, bringt die Generalversammlung zum Ausdruck, daß bei zukünftigen von der Zentralleitung der Gewerkschaften eingeleiteten Aktion von den Zentralstellen beim, von den von diesen zur Leitung der örtlichen Bewegung eingesetzten Instanzen bestimmt wird, welche Presseorganisse und Publikationen zur Bekämpfung der gegenrevolutionären Bestrebungen herzustellen sind."

Diese Entschließung so harmlos sie den Uneingeweihten erscheinen mag, besagt nichts mehr und nichts weniger als daß bei künftigen Aktionen, gleichviel ob sie sich über das ganze Reich oder